



STILLSTAND -> PROBLEMBESCHREIBUNG & LÖSUNGSANSÄTZE

Notvorstand für dieBasis 2.0

Rechtssicherheit für politische und gesellschaftliche
Veränderungen

Team Notvorstand & AG Transparenz

10.06.2022

Voraussetzung für die Ideen und Gedanken auf den folgenden Seiten sind
ausreichend viel Zeit und eine **strikte Trennung** von
notwendigen Strukturen im Hier und Jetzt
von der
Vision, wie diese Partei einmal aussehen könnte,
sollte sie noch notwendig sein!

Auf fünf Seiten zusammenfasst findest du hier den Status Quo nach mehr als 23 Monaten „Parteiarbeit“, die Probleme und Ursachen für den aktuellen Stillstand (innen) und Rückgang der Wahlergebnisse (außen), die zu erwartenden Konsequenzen und die Erklärung, warum der Notvorstand als einzig gangbarer Weg für die Rechtmäßigkeit und damit die Grundlage für alle folgenden Schritte zu einer erfolgreichen und überlebensfähigen Partei führen wird: dieBasis (2.0).



Inhaltsverzeichnis		III. Formale Notwendigkeiten	Seite 2
I. Die Hauptursachen	Seite 1	VI. Auswirkung bei Nichterfüllung	Seite 3
II. Menschliche Notwendigkeiten	Seite 2	IV. Lösungen sind naheliegend	Seite 4

Bevor wir als Partei den Wandel in der Politik und nachfolgend in der Gesellschaft überhaupt angehen können, müssen wir zunächst **selbst leben, was wir fordern**. Wir wollen die im Grundgesetz (GG) verbrieften Rechte zurück, bzw. dass sie eingehalten werden. Ohne Regeln und Werte zu leben funktioniert Gesellschaft nicht. Die Einhaltung von Gesetzen und Artikeln des GG (zurück) zu fordern funktioniert aber nur, wenn wir sie auch selbst leben und respektieren. Adäquat zum GG gilt für uns als Partei die Satzung nebst ihrer Ordnungen. Diese, unser Rahmenprogramm und die vier Säulen gilt es mit Leben zu füllen und anzuwenden.

Wie ist der aktuelle **Ist-Zustand der Partei in den verschiedenen Ebenen**? Welche zeitliche Komponente sollten wir in Betracht ziehen, um in die politische Sichtbarkeit und dann auch Wirksamkeit zu kommen? Was sind die **notwendigen Schritte**, um aus der virtuellen Parteienwelt in die Umsetzung zu kommen? Welche formalen und welche inhaltlichen **Ziele haben wir mittel- bis langfristig**? Alle diese Fragen gehören in **Debattenräume!**

Strukturell und formal konnten wir auf Bundes- und Landesebene 23 Monate Erfahrungen sammeln. Auf den Kreisebenen wurden in rund 220 von 316 möglichen Kreis- und Stadtverbänden in 22 Monaten Erfahrungen gesammelt. **Das ist ein immenser Erfahrungsschatz! Auch eine Bundestags-, zwei Kommunal- und fünf Landtagswahlen bereichern unser Wissen.**

I. Die Hauptursachen

für unsere internen Herausforderungen – definitiv auf Bundesebene und alternierend in anderen Gliederungsebenen – sind:

- zwei sehr konträre Sichtweisen, warum diese **Partei** gegründet wurde: als Teil einer **Bewegung**, in der Menschen gegen die Maßnahmen sind, und die **Basisdemokraten**, die das generelle Übel an der Wurzel packen wollen. Und einige Facetten dazwischen.
- Die Wenigsten wollten wirklich parteipolitisch aktiv werden, hohe Passivität der Mitglieder
- Fehlende Strukturen und Kommunikationsmöglichkeiten
- Formale Notwendigkeiten stehen den Visionen und dem freien Gestaltungswillen entgegen
- Können können wir führungsorientierte Strukturen, wollen aber basisdemokratische Entscheidungswege
- Klärung der Begriffe aller vier Säulen blieb bislang bundeseinheitlich aus, die mögliche Umsetzung der Schwarmintelligenz sowie satzungsgemäßes Konsensieren finden nicht statt
- Generell fehlende Definition von notwendigen Aufgaben, auch gliederungsübergreifend
- Fehlende Zuordnung bezüglich
 - dezentraler und zentraler Aufgaben,
 - professioneller und nichtprofessioneller Erfüllung von Aufgaben
 - ehrenamtlicher und vergüteter Aufgabenerfüllung
- die psychologischen Auswirkungen auf Funktionsträger in „Macht“-Positionen (sowohl „Machtnnehmer“ als auch „Machtgeber“)
- Datenschutz und Haftungsthemen vs. Transparenz



- Misstrauen, Kompetenzstreitigkeiten, Respektlosigkeit und fehlende Konsequenzen bei Regelverstößen
- Fehlende politische Bildung und fehlendes, vergessenes Politikwissen

Wichtig ist es, jetzt aus all dem Vorhandenen zu lernen, genau hinzuschauen und das Neue in einem „geschützten Raum“ zu entwickeln.

II. Menschliche Notwendigkeiten

Wir sollten unsere internen Querelen und Ungleichheiten als Chance nutzen und hier die Veränderung einleiten, die unser Land, die Gesellschaft, Mensch und Natur so dringend benötigen. Dazu müssen wir selbst uns als Gemeinschaft und als Individuen reflektieren, uns selbst überwinden und wandeln: als Partei, in den Gruppen, in denen wir arbeiten, und in Zweierbeziehungen, die wir stets darüber hinaus in unterschiedlichen Rollen eingehen.

In Organisationen, vor allem sozialen und erfolgreichen, sollte sich natürlich jedes Mitglied selbst reflektieren. Darüber hinaus sollte das Management diese und übergeordnete Reflektionen, neben den üblichen Standardaufgaben, übernehmen. Alle, die Einzelnen und die Gesamtheit, sollen Erfolg haben.

Wenn die größten Gegensätze in Verbindung gehen, können geniale Lösungen entstehen. Diese Gegensätze sind schon alle da. Jetzt können wir gemeinsam in die Prozesse gehen und dieBasis mit einer neuen Form des Miteinanders in die gesellschaftlich notwendige Veränderung führen. dieBasis muss einfach als gutes Beispiel voran gehen. Bei uns entstehen Debattenräumen, hier wird konsensiert, was regional, landes- oder bundesweit in eine nachhaltige und zukunftsfähige Gesellschaft führt. Wir leben vor, was wir uns für die Gesellschaft wünschen.

III. Formale Notwendigkeiten

Wir alle wollen eine Veränderung in der Politik, jeder mit unterschiedlichen Schwerpunkten, **fußend auf unterschiedlichen Kompetenzen und Erfahrungen.**

Wir vereinen 16 Bundesländer und über 300 Kreise und Regionen, mit mindestens so vielen regionalen Unterschieden: landschaftlich, politisch, strukturell und menschlich.

Für alle Ebenen gibt es unterschiedliche Zuständigkeiten von der Ortsverbandsebene bis zur Bundes- und gar Europahoheit.

Je nachdem, wie diese Ebenen organisiert sind, müssen wir unterschiedliche oder gemeinsame Formalien im Außen erfüllen. Diese sind, in den drei nachfolgenden Bereichen immer das Parteiengesetz, das in allen wirkt,

1. das GG, das BGB und unseren Satzungen und Ordnungen. Hier gilt es vor allem, die demokratische Ordnung zu halten, um als Partei überhaupt anerkannt zu bleiben. Die Einhaltung **beurteilen der Bundes-, die Landes- und die Kreiswahlleiter** (sofern sie überall so bezeichnet werden, siehe Stadtstaaten)
2. das Steuerrecht und damit das Finanzamt Berlin, dort eine auf Parteien spezialisierte Abteilung, sowie die Finanzämter der Länder und Städte/Gemeinden. Parteien sind frei gebildete Personenvereinigungen und in der Regel nicht rechtsfähige Vereine (außer unser Landesverband Bayern). Durch diese seltene Rechtsform herrscht **bundesweit viel Unwissen und Unsicherheit in den Finanzämtern**
3. der Deutsche Bundestag für die Parteienfinanzierung



Nur in Bayern ist außerdem das Amtsgericht für den eingetragenen Verein zuständig, dort auch explizit das Finanzamt, dass die Gemeinnützigkeit festgestellt hat. Daneben gelten bundesweite, regionale und arbeitsrechtliche Vorgaben, je nachdem, wie und wo wir dauerhaft oder punktuell wirksam werden (Miet-, Pacht- und Angestelltenverträge, Plakatierungen, Veranstaltungen etc.).

Unsere Partei sollte so lange wie ein Unternehmen (welches nicht auf Gewinnmaximierung ausgerichtet ist, sozial und nachhaltig denkt) geführt werden, **bis wir es anders umsetzen können**: besser funktionierend und legal.

IV. Auswirkung bei Nichterfüllung

Die unter III. 1 bis 3 genannten Formalien haben bei Nichterfüllung unterschiedliche Auswirkungen auf unsere Partei und ihre Gliederungen:

1. Sollte die Partei bis zur Bundestagswahl 2025 keinen vom Bundeswahlleiter rechtsgültig anerkannten Vorstand haben, **wird sie nicht zur Bundestagswahl zugelassen**. Auch eine Teilnahme an der Wahl für das Europäische Parlament 2024 wäre nicht möglich. Für alle anderen Gliederungen gilt Entsprechendes. Im Vorfeld zum elektronischen Bundesparteitag im Dezember und gleich nach dem Bundesparteitag im März in Hannover (beide 2021) teilte der Bundeswahlleiter seine Rechtsauffassung mit und hat bis heute die Vorstände in seiner Unterlagensammlung nicht geändert. Vergl.->
<https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/4989b9ad-1e1b-42be-a832-dbc0845f6188/diebasis.pdf>
2. **Das Finanzamt könnte dieser Einschätzung** des Bundeswahlleiters **folgen**, Abschlüsse der aktuell nicht legitim bestätigten amtsbeanspruchenden Personen (Schein-BuVo) **könnten generell abgelehnt werden**. Die Bundesebene gibt Jahresabschlüsse für alle Gliederungen zusammen ab. Daher ist es wichtig, dass die Buchhaltung am Ende eines Jahres auf dieser Ebene zusammengeführt werden kann.
Da sich auch Finanzämter i. d. Regel an Registerauszüge (Handels- oder Vereinsregister, Gewerbemeldestellen etc.) orientieren, ist diese Befürchtung nicht allzu abwegig. Gleiches gilt im Übrigen für Banken und andere Vertragspartner.
3. Folgt der Deutsche Bundestag der Einschätzung nach 1., dem Bundeswahlleiter, kann auch die staatliche Parteienfinanzierung verwehrt werden. Schon weil wir nicht an Wahlen teilnehmen könnten. Bereits die Anträge können nicht rechtsgültig gestellt werden.

WICHTIG:

Oftmals wurde der Status von Parteien und damit die Rechtmäßigkeit gewählter Abgeordneter erst im Nachhinein aberkannt. So lange wir nicht in Gremien sind, spielt(e) es keine Rolle!

Hier und da überlegen Gliederungen, sich unabhängig vom System der Bundespartei zu organisieren. Auch, nachdem Mitglieder des Schein-BuVos – **ohne vorherige Absprache und massiv** – in die bestehende Rechtsstruktur der Länder und Kreise eingegriffen haben.

Eine solche Ausgliederung wäre danach verständlich, dennoch widerspricht sie zum einen dem basisdemokratischen Gedanken, nach dem jedes Mitglied das Recht hat, auf allen Gliederungsebenen tätig zu sein. Zum anderen und wichtiger wiegt jedoch, dass Manches erst durch das professionelle Wissen höherer Gliederungsebenen kontrolliert werden kann (siehe vereitelter Spendenskandal im



August/September 2021). Interessant zu beobachten ist, dass je nach dem aus welcher Perspektive die Gliederungen handeln, sie unterschiedlich vorgehen. Beispielsweise gesteht ein Landesverband einem Kreisverband nicht das Gleiche zu, wie er selbst vom Bund fordert. Oder umgekehrt.

Auch gab es schon Überlegungen, sich generell von der Bundespartei zu lösen. Dies ist nach dem Parteiengesetz (§4) zwar möglich, aber Gebietsverbände, die aus der Partei ausscheiden, verlieren das Recht, den Namen der Partei weiterzuführen (...) Entsprechendes gilt für Kurzbezeichnungen.

V. Lösungen sind naheliegend

Die Nichtanerkennung durch den Bundeswahlleiter stellt ein zentrales Problem dar. Der von David C. Siber beantragte **Notvorstand würde dieses Problem umfänglich lösen**. Offensichtlich scheint den Mitgliedern bislang die Information zu fehlen, dass sowohl Andreas Baum und Diana Osterhage im Februar 2022 aus der Partei ausgetreten sind, als auch, dass der Schatzmeister John Stopfkuchen am gleichen Tag von seinem Amt zurückgetreten ist. So konnte kein amtierender Vorstand die Wahl eines neuen Bundesvorstands zu Ende bringen. Auch der im Dezember 2021 gewählte Wahlleiter war nicht an der schriftlichen Bestätigung beteiligt, rechtlich hat keine Wahl stattgefunden. Siehe dazu auch Mitgliederrundbrief 01/2022 vom 6. Januar 2022. Kurz darauf wurden sowohl die Zugänge zu den IT-Systemen als auch zur Mitgliederverwaltung vom Schein-BuVo und helfenden Mitgliedern – ebenfalls nicht rechtmäßig – übernommen.

Was ist zu tun?

Wer Recht und Gerechtigkeit im Außen einfordert, muss beides zunächst selbst leben, daher:

Ein unumstößlich rechtssicher gewählter Vorstand ist für die Zukunft der Partei unverzichtbar!

Mit Hilfe der Länder und Mitglieder hätte der Notvorstand nur eine Aufgabe:
einen Parteitag, idealerweise mit vorheriger Satzungsänderung, durchzuführen.

Auch wenn der Begriff Delegiertensystem hier und da einen Aufschrei erwirken kann, mit über 30.000 Mitgliedern ist ein Bundesparteitag in Präsenz – mit Rederechten und Diskussionsbedarf verantwortungsvoller Demokraten – nicht durchführbar. Gute Lösungen für Hybridveranstaltungen und Notfalllösungen müssen her, wenn die Regierung sich neue oder wiederholende Verhinderungsmaßnahmen (Lockdowns) gegen uns als basisdemokratische Alternative zu allem Bisherigen ausdenkt.

Die Satzung muss dahingehend angepasst werden, dass das **Organ Bundesvorstand notwendige und klar definierte Aufgaben** und die gesetzlichen Mindestvorgaben erfüllt. Kompetenzen und Zeitaufwand sind genauso festzulegen, wie Vergütung und Rahmenbedingungen.

Was bleibt für einen Bundesvorstand zu regeln? Er muss die unter III. genannten **Notwendigkeiten mit entsprechenden Vertretungsvollmachten**, darüber hinaus die **Koordination** von bundeseinheitlichen Kampagnen, Öffentlichkeitsarbeit und Marketing, IT und Mitgliederbefragungen, die die Bundesebene betreffen, erfüllen und betreuen. Jede Gliederungsebene hat andere Schwerpunkte, daher sollten die Vorstandspositionen daran angepasst werden. Beispielsweise reichen drei bis fünf Mitglieder im Bundesvorstand.

Darüber hinaus sei daran erinnert, dass im Gründungsgedanken die **Gleichheit aller Vorstandsmitglieder angedacht war**. Im operativen Geschäft wird inzwischen viel zu oft vom geschäftsführenden Vorstand und seiner besonderen Gewichtung gesprochen. Hier muss klar geklärt werden, was mehr wiegt und dann können diese weniger gewichtigen Vorstandsmitglieder zu stimmrechtslose oder



bedingt stimmberechtigte Koordinatoren gewählt oder als Geschäftsführer mit entsprechender Eignung/Kompetenz für abgegrenzte Aufgabenbereiche eingesetzt werden.

Die anhängige **Finanzordnung** muss angepasst werden. Sie sollte Flexibilität ermöglichen, z. B. wenn Wahlen auf unterschiedlichen Ebenen anstehen. **Wo werden welche Beträge wofür benötigt?** Wie wird die Parteienfinanzierung durch Bundestags- und Europawahlergebnisse aufgeteilt? Wer bezahlt welche Systeme, wer beteiligt sich an Kosten der Geschäftsstellen – die für Landesverbände je nach dem monatlich mindestens zwischen 1.500 und 2.500 Euro Miete und Kosten bedeuten, für Mitarbeiter inkl. aller Kosten mit rund 5.000 Euro für eine Vollzeitstelle betragen, usw.? Wir sollten endlich raus aus der virtuellen Welt, brauchen Präsenz mit Büros, ordnungsgemäßer Verwaltung und Geschäftszeiten.

Der Postverkehr muss verbindlich geregelt und zentrale und dezentrale Lagermöglichkeiten aller Materialien geschaffen werden. Auch sollte beispielsweise die **Buchhaltung auf Landesebene professionell** durchgeführt und die Kreise entlastet werden. Die Mitgliederverwaltung findet auf allen Ebenen mit unterschiedlichen Schwerpunkten statt.

Die Partei braucht Stabsstellen, die **Entscheidungen neutral und kompetent vorbereiten**. Völlig unabhängig von all dem müssen **auf allen Ebenen die Debattenräume zur Willensbildung** eröffnet werden. Zunächst sollten wir aus den zurückliegenden Erfahrungen lernen und uns für ausreichend lange Zeit darauf konzentrieren, uns selbst und unsere politischen Ziele und Forderungen zu definieren.

Angst, Druck und Halbwissen sind schlechte Berater. Die deutsche Politik dauerhaft zu beeinflussen und wirksam zu verändern, hat seit Gründung bislang leider noch nicht funktioniert. Wir müssen jetzt vom Sprint- in den Marathonmodus schalten und uns die Zeit geben, die wir für die umfänglichen Änderungen benötigen.

Alle müssen sich an dieser (Neu-)Strukturierung mit all ihrem Wissen beteiligen, Erfahrungen und Fähigkeiten müssen Vorrang vor persönlichen Befindlichkeiten bekommen. **Wir wollten und werden anders als bisherige politische Parteien sein!**

Satzung und Ordnung sind unser internes Grundgesetz: **Gleichheit im Recht** muss für alle gelten.

Gliederungen sollen sich gegenseitig unterstützen, dabei müssen die regionalen Unterschiede berücksichtigt werden und Ausgleiche möglich sein: **Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben.**

Freie Meinungsäußerung, offene Debattenräume für jedes Mitglied, persönliche Defizite und Befindlichkeiten müssen angesprochen und mit Hilfe von Mentoren und Mediatoren (vielleicht brauchen wir auch Dementoren) neutralisiert werden: **Freiheit im Geiste.**

Wir können vorleben, was wir fordern.

Anmerkung zu Idee und Themenauswahl: All diese sind Diskussionsgrundlagen.